

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD
– Drucksache 19/22507 –

**Bildung, Innovation und Digitalisierung – Zentrale Bausteine für eine
nachhaltige Entwicklung**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Katja
Suding, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), weiterer Abgeordneter
und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/22472 –

**Bildungsrepublik 2.0 – Für eine nachhaltige Gestaltung der gesamten
Bildungskette**

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Lukas Köhler, Frank Sitta, Grigorios
Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/23118 –

Bildung für nachhaltige Entwicklung durch Transparenz und Teilhabe

- d) zu dem Antrag der Abgeordneten Beate Walter-Rosenheimer, Dr. Bettina Hoffmann, Dr. Anna Christmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/17796 –**

Engagement gefragt – Implementierung und Weiterentwicklung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in Deutschland ab 2020

A. Problem

Zu Buchstabe a

Bildung ist der Schlüssel und das Recht für jeden Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben, indem eine mündige Teilhabe an Gesellschaft und Wirtschaft möglich ist. Sie soll Menschen dazu befähigen, die Gegenwart und Zukunft so mitzugestalten, dass gute Lebensbedingungen auch für nachfolgende Generationen gewährleistet sind. Nur mit Forschung und Innovationen können die Nachhaltigkeits- und Klimaziele erreicht werden. Forschung schafft nicht nur Grundlagen und Orientierungswissen zur Zielbestimmung. Forschung bringt auch technologische und soziale Innovationen und Lösungen wie etwa für die Energie- und Verkehrswende, die nachhaltige Land- und Forstwirtschaft, die nachhaltige Stadtentwicklung oder ein nachhaltiges Wirtschaften und die Zukunft der Arbeit hervor.

Zu Buchstabe b

Im Jahr zwölf nach Ausrufung der Bildungsrepublik durch die Bundeskanzlerin kann trotz einzelner Erfolge nicht davon gesprochen werden, dass die Ziele des Bildungsgipfels 2008 wie die Steigerung des Anteils der Aufwendungen für Bildung und Forschung auf zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis 2015 und eine Halbierung der Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss von acht auf vier Prozent bis 2015 erreicht worden sind.

Zu Buchstabe c

Besonders junge Menschen sorgen sich um den Zustand der natürlichen Lebensgrundlagen und setzen sich für nachhaltige Veränderungen der Wirtschaftsweise ein. Dieses Engagement muss mit einer faktenbasierte Bildung für eine nachhaltige Entwicklung komplementiert werden. Die Wahrnehmung von Umweltproblemen muss sich in gesellschaftlich akzeptablen Forderungen und zukunftsfähigen Problemlösungen niederschlagen.

Zu Buchstabe d

2017 wurde von der Bundesregierung der Nationale Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) verabschiedet. Bisher ist der BNE durch großes

Interesse am Konzept gekennzeichnet, aber nur durch geringe Handlungsmöglichkeiten. Ohne verbesserte Handlungsmöglichkeiten kann die Vision „verantwortlich Leben“ nicht umgesetzt werden.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Die Bundesregierung soll Instrumente und Methoden weiterentwickeln, damit die Chancen, die durch digitale Methoden und den Einsatz von KI in der Bildung entstehen, konsequent genutzt werden. Das seit 2018 in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie enthaltene eigene Nachhaltigkeitsprinzip für Bildung, Wissenschaft und Innovation als Treiber einer nachhaltigen Entwicklung soll entlang der gesamten Bildungskette umgesetzt werden. Außerdem sollen Hürden für nachhaltige Innovationen zum Beispiel durch die Mobilisierung von mehr Wagniskapital zur Wachstumsfinanzierung beseitigt werden.

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/22507 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Die Bundesregierung soll einen Digitalpakt 2.0 für die allgemeinbildenden, beruflichen und sonderpädagogischen Schulen beschließen. Dazu gehört auch, den bestehenden Digitalpakt stark zu entbürokratisieren, die Inanspruchnahme der vorhandenen Gelder massiv zu beschleunigen und den Pakt zur Wirkung zu bringen. Außerdem soll die MINT-Bildung gestärkt werden, indem insbesondere der außerschulische Bereich massiv gestärkt wird. Weiterhin soll es eine digitale Lehr- und Lernmittelfreiheit geben. In den Schulen sollen die Voraussetzungen für Hybridunterricht geschaffen werden.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/22472 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.

Zu Buchstabe c

Die Bundesregierung soll die Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in allen Bildungsbereichen strukturell ausbauen und weiterentwickeln. Sie soll sich außerdem dafür einsetzen, dass die von staatlichen Stellen bereitgestellten Umweltdaten vollständig entsprechend den Regelungen im Informationsfreiheitsgesetz und Umweltinformationsgesetz bereitgestellt werden.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/23118 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.

Zu Buchstabe d

Die Bundesregierung soll die Bildung in allen Bereichen stärken, um verstärkt jetzige und zukünftige Generationen zu nachhaltigem Handeln zu befähigen. Dabei ist die Erwachsenenbildung insofern bedeutsam, da die derzeitigen Erwachsenen aktuell die Entscheidungstreffenden sind, weshalb diese dringend die Kompetenzen benötigen, die Auswirkungen ihres Handelns für zukünftige Generationen einschätzen zu können. Die Mittel des BMBF von derzeit rund 7,1 Millionen Euro für BNE sollen kurzfristig verdoppelt werden.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/17796 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.

C. Alternativen

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/22507.

Zu Buchstabe b

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/22472.

Zu Buchstabe c

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/23118.

Zu Buchstabe d

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/17796.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 19/22507 anzunehmen;
- b) den Antrag auf Drucksache 19/22472 abzulehnen;
- c) den Antrag auf Drucksache 19/23118 abzulehnen,
- d) den Antrag auf Drucksache 19/17796 abzulehnen.

Berlin, den 23. Juni 2021

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Dr. Ernst Dieter Rossmann
Vorsitzender

Sybille Benning
Berichterstatterin

Dr. Karamba Diaby
Berichterstatter

Dr. Götz Frömming
Berichterstatter

Dr. h. c. Thomas Sattelberger
Berichterstatter

Dr. Birke Bull-Bischoff
Berichterstatterin

Beate Walter-Rosenheimer
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Sybille Benning, Dr. Karamba Diaby, Dr. Götz Frömming, Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Dr. Birke Bull-Bischoff und Beate Walter-Rosenheimer

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/22507** in seiner 176. Sitzung am 17. September 2020 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuss für Kultur und Medien und den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/22472** in seiner 176. Sitzung am 17. September 2020 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe c

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/23118** in seiner 184. Sitzung am 9. Oktober 2020 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe d

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/17796** in seiner 176. Sitzung am 17. September 2020 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

zu Buchstabe a

Bildung, Forschung und Innovation sind nach Ansicht der Fraktionen der CDU/CSU und SPD für eine nachhaltige Entwicklung von besonderer Bedeutung, denn sie tragen zur Erreichung eines jeden der 17 Sustainable Development Goals (SDGs) bei. Seit 2018 enthalte die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie ein eigenes Nachhaltigkeitsprinzip für „Bildung, Wissenschaft und Innovation als Treiber einer nachhaltigen Entwicklung“. Daraus ergäben sich folgende Handlungsaufträge: Teilhabe und Chancengleichheit durch Bildung ermöglichen; wissenschaftliche Entscheidungsgrundlagen für zukunftsorientiertes Handeln liefern; Innovationsfreudigkeit stärken und Nachhaltigkeitsaspekte im Innovationsprozess konsequent berücksichtigen.

Bildung sei der Schlüssel und das Recht für jeden Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben, in dem eine mündige Teilhabe an Gesellschaft und Wirtschaft möglich sei. Sie solle Menschen dazu befähigen, die Gegenwart und Zukunft so mitzugestalten, dass gute Lebensbedingungen auch für nachfolgende Generationen gewährleistet seien.

Faire Bildung berücksichtige die unterschiedlichen Lebensrealitäten der Menschen, ermögliche gerechte Teilhabe und Zugang entlang der gesamten Bildungskette und eröffne neue Perspektiven. Die Weltgemeinschaft habe sich mit dem SDG 4 verpflichtet, bis 2030 für alle Menschen eine inklusive, chancengerechte und hochwertige Bildung sicherzustellen.

Für eine hochwertige Bildung fördere die Bundesregierung das lebensbegleitende Lernen, die inklusive Bildung in allen Bildungsetappen, die digitale Bildung an Schulen, in der Berufsausbildung und an Hochschulen, die Qualität der Lehre an den Hochschulen, die Berufsorientierung und Berufs- und Weiterbildungsmöglichkeiten, unterstütze die Anerkennung ausländischer Abschlüsse oder stelle Fördermöglichkeiten für Studium und den beruflichen Aufstieg bereit. Auch außerschulische Bildungseinrichtungen würden hierzu einen wichtigen Beitrag leisten, den es weiterhin zu fördern gelte. Ziel seien bestmögliche Bildungschancen für alle, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, religiöser und sexueller Orientierung, körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen oder sozialem Status. Mit dem Nationalen Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) werde besonders Bildung gefördert, die Menschen befähige, die Gegenwart und Zukunft so mitzugestalten, dass gute Lebensbedingungen auch für nachfolgende Generationen gewährleistet seien. Die durch BNE geförderten Kompetenzen seien für das Erreichen aller SDGs ein wichtiger Hebel.

Das Zukunftspaket des Koalitionsausschusses vom 3. Juni 2020 verfolge das Ziel einer inklusiven, gleichberechtigten und hochwertigen Bildung durch die Beschleunigung des Ausbaus von Ganztagschulen und Ganztagesbetreuung, die Verstärkung des Digitalpakts Schule und einem Bundesprogramm zur Sicherung von Ausbildungsplätzen. Die COVID-19-Pandemie habe verdeutlicht, wie wichtig digitale Lernformate für den Zugang zu Bildungsangeboten seien.

Nur mit Forschung und Innovationen könnten die Nachhaltigkeits- und Klimaziele erreicht werden. Forschung schaffe nicht nur Grundlagen- und Orientierungswissen zur Zielbestimmung. Forschung bringe auch technologische und Soziale Innovationen und Lösungen wie etwa für die Energie- und Verkehrswende, die nachhaltige Land- und Forstwirtschaft, die nachhaltige Stadtentwicklung oder ein nachhaltiges Wirtschaften und die Zukunft der Arbeit hervor. Ziel sei es, Optionen für eine souveräne und krisenfeste Zukunft zu erlangen, in der der Wandel zu einer nachhaltigen Gesellschaft geschaffen werde und dabei Wirtschaftskraft und Wohlstand, wie die demokratische Kultur, die Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern und soziale Teilhabe erhalten bleiben und gestärkt würden. Vorsorge einerseits und die Förderung von Innovationen andererseits seien zwei Seiten derselben Medaille. Nachhaltigkeit werde so zu einem Innovationstreiber.

Die Hightech-Strategie 2025 als strategisches Dach der Forschungs- und Innovationspolitik der Bundesregierung enthält vier Missionen zur Nachhaltigkeit: weitgehende Treibhausgasneutralität der Industrie, Verringerung der Plastikeinträge in die Umwelt, nachhaltiges Wirtschaften in Kreisläufen, Erhalt der biologischen Vielfalt. Im Rahmen der „Forschung für Nachhaltige Entwicklung (FONA)“ würden sowohl Grundlagenforschung zur Lösung der globalen Herausforderungen, zum Beispiel in der Klima-, Meeres- oder Bodenforschung, als auch die Entwicklung von einsatzbereiten Anwendungen mit den Schwerpunkten Green Economy, Zukunftsstadt, Energie- und Artenvielfalt gefördert. Das siebte Energieforschungsprogramm der Bundesregierung lege besonderen Fokus auf Energieeffizienz, Energiespeicher, erneuerbare Energien und Sektorkopplung. Die Nationale Bioökonomiestrategie lege den Grundstein für eine nachhaltige, klimaneutrale Wirtschaftsweise, die auch neuartige Kreisläufe der Erzeugung, Verarbeitung und Verwertung biogener Ressourcen in den Blick nehme.

Digitalisierung berühre alle gesellschaftlichen Bereiche, auch solche, die für eine Transformation zu einer nachhaltigen Lebensweise bedeutsam seien. Digitale Technologien würden enormes Potential für die Lösung der globalen Herausforderungen bergen. Vor allem die Künstliche Intelligenz bringe neue Möglichkeiten für alle Bereiche der Nachhaltigkeit, von der Energieeffizienz, über Mobilität, effizientere Gesundheitsversorgung, ressourceneffiziente Land- und Ernährungswirtschaft bis hin zum verstärkten Klimaschutz. Digitale Technologien könnten zumindest kurzfristig jedoch auch Trends befördern, die den nachhaltigen Entwicklungszielen zuwiderlaufen, wie etwa einen steigenden Energie- und Rohstoffverbrauch, und sie würden ethische Fragen aufwerfen. Die Digitalstrategie, die KI-Strategie, der BMBF-Aktionsplan „Natürlich. Digital. Nachhaltig.“ und die Rahmenprogramme Quantentechnologie und Mikroelektronik würden auch diesen Aspekten Rechnung tragen und zielten u. a. darauf, das große Potenzial der Digitalisierung als Instrumentarium für Umwelt, Klima und Ressourcen zu nutzen und die Digitalisierung selbst nachhaltig als auch energie- und ressourceneffizient zu gestalten.

Seit Ausbruch der Corona-Pandemie sei ein Anstieg im Einsatz von digitalen Lösungen und Werkzeugen im Bildungssektor festgestellt worden. Es sei entscheidend, dass aus den aktuellen Erfahrungen mit innovativen digitalen Technologien an Schulen und Hochschulen, die richtigen Schlüsse gezogen würden. Die Förderung nachhaltiger Innovationen bilde einen Schwerpunkt des Zukunftspakets der Koalition vom 3. Juni 2020. Dieses sehe finanzielle Mittel in Höhe von 7 Milliarden Euro für die „Nationale Wasserstoffstrategie“ vor, ein Großteil davon solle für Innovationen in „Grünen Wasserstoff“ vorbehalten werden. Ohne eine breit angelegte Forschungsoffensive sei der Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft nicht zu schaffen; Investitionen in die Technologien von heute, morgen und übermorgen seien notwendig.

Im Kulturbereich sei die Film- und Fernsehproduktion besonders energie- und immissionsintensiv sowie ressourcenverbrauchend. Daher wird die 2021 zu beschließende Novelle des Filmförderungsgesetzes auf eine nachhaltige Filmproduktion abzielen und den Filmproduzenten eine Klimabilanzierungspflicht auferlegen, wenn diese öffentliche Filmförderung in Anspruch nehmen würden. Ziel sei die spürbar ökologischere Herstellung von Kinofilmen und die damit einhergehende deutliche Reduzierung des CO₂-Ausstoßes und sonstiger umweltschädigender Immissionen der deutschen Filmproduktionswirtschaft. Nachhaltigkeit müsse in all ihren Dimensionen und Zielen weiterhin handlungsleitend für die Bildungs-, Forschungs- und Innovationspolitik bleiben.

Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD fordern die Bundesregierung auf, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel,

- Instrumente und Methoden weiterzuentwickeln, damit die Chancen, die durch digitale Methoden und den Einsatz von KI in der frühkindlichen, schulischen und hochschulischen Bildung, als auch in der Berufs- und Weiterbildung für Inklusion und adaptives Lernen entstehen, konsequent genutzt werden. Zur Erreichung von SDG 4 sollten Expertise und Erfahrungen auch im Rahmen unserer internationalen Bildungs- und Wissenschaftskooperation weitergegeben werden. Kenntnisse im Umgang mit digitalen Medien, Bildungsformaten und digitalen Tools sollen intensiver vermittelt werden;
- die gleiche Teilhabe an Bildungschancen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, religiöser und sexueller Orientierung, körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen oder sozialem Status weiter zu stärken;
- das in 2020 beginnende Nachfolgeprogramm der UNESCO „ESD for 2030“ in Zusammenarbeit mit den Ländern und den weiteren Mitgliedern der Nationalen Plattform BNE als neuen Schub zu nutzen, um eine flächendeckende Verankerung des Konzepts „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ entlang der gesamten Bildungskette umzusetzen;
- Hürden für nachhaltige Innovationen weiter konsequent zu beseitigen, zum Beispiel durch die Mobilisierung von mehr Wagniskapital zur Wachstumsfinanzierung von Tech-Startups, die engere Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft, Experimentierklauseln und die Förderung von partizipativen Reallaboren. Dazu sollen die Missionen der Hightech-Strategie künftig auch auf die Sustainable Development Goals (SDGs) bezogen werden;
- Projekte an der Schnittstelle verschiedener Nachhaltigkeitsziele sowie von Digitalisierung und Nachhaltigkeit in der Forschungsförderung besonders zu berücksichtigen und die Förderung sozialer Innovationen voranzutreiben;
- die deutschen Strategien für Wasserstoff und für Nachhaltigkeit eng mit den entsprechenden europäischen Strategien inkl. Green Deal und weiteren Vorhaben der Bundesregierung zu verknüpfen und den Weg Europas zur Wasserstoff-Union zu forcieren;
- zukunftsweisende Technologien, die einen substanziellen Beitrag zur Stärkung der Nachhaltigkeit leisten, wie u. a. das Edge-Computing und energieeffiziente Prozessoren, darunter auch KI-Prozessoren z. B. mit neuromorpher Elektronik, verstärkt bei der Weiterentwicklung des Rahmenprogramms Mikroelektronik zu berücksichtigen;
- um die zunehmende Nutzung von Software konsequent nachhaltig zu gestalten, verstärkt Open Source Projekte zu fördern, um die Transparenz, Verfügbarkeit und Weiterentwicklung von Software zu verbessern. Hierzu sollen Schnittstellen und ein digitales Ökosystem seitens des digitalen Staates geschaffen und somit die Innovationskraft unseres Landes für die öffentliche Hand genutzt und privaten Akteuren einen besseren Informationszugang ermöglicht werden;

- darauf hinzuwirken, den 5G-Ausbau in den ländlichen Räumen auf Grundlage der Beschlüsse des Koalitionsausschusses vom 3. Juni 2020 massiv zu beschleunigen, um bis zum Jahr 2025 ein flächendeckendes 5G-Netz in ganz Deutschland aufzubauen;
- den erfolgreichen Ansatz der digitalen Experimentierfelder in der Landwirtschaft fortzuführen und in diesem Rahmen Innovationen zu fördern, die eine noch ressourcenschonendere Landwirtschaft ermöglichen;
- die Kompetenzagenda der Europäischen Kommission für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz in Deutschland zügig umzusetzen;
- gemeinsame Forschungsprojekte mit Schwellen- und Entwicklungsländern beispielsweise in der Land- und Forstwirtschaft, bei der Bekämpfung von armutsassoziierten, vernachlässigten Krankheiten wie Tuberkulose und Malaria und sogenannte Zivilisationskrankheiten auszubauen.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion der FDP erinnert daran, dass Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 12. Juni 2008 die Bildungsrepublik ausgerufen habe. Bund und Länder hätten dann am 22. Oktober 2008 auf dem Qualifizierungsgipfel in Dresden unter dem Titel: „Aufstieg durch Bildung – Die Qualifizierungsinitiative für Deutschland“ ein umfangreiches Maßnahmenpaket beschlossen. Über allgemeine Leitsätze hinaus seien konkrete Ziele formuliert worden. Dazu hätten unter anderem gehört:

- Steigerung des Anteils der Aufwendungen für Bildung und Forschung gesamtstaatlich auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis 2015,
- die schrittweise Einführung eines bedarfsgerechten und qualitätsorientierten Betreuungsangebotes für bundesweit durchschnittlich 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren bis 2013,
- gezielte Förderung der deutschen Sprache im Vorschulalter als Voraussetzung für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn,
- Halbierung der Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss von acht Prozent auf vier Prozent bis 2015,
- Halbierung der Zahl der ausbildungsfähigen jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss von 17 Prozent auf 8,5 Prozent,
- Maßnahmen zur Grundbildung durch Angebote der Alphabetisierung,
- Steigerung der Studienanfängerquote auf 40 Prozent eines Jahrgangs,
- Anreize für Studienanfänger in den MINT-Fächern,
- die Steigerung der Beteiligung an der Weiterbildung auf 50 Prozent der Erwerbsbevölkerung, wobei insbesondere die Gruppe der Geringqualifizierten stärker aktiviert werden sollte.

Im Jahr zwölf nach Ausrufung der Bildungsrepublik könne trotz einzelner Erfolge nicht davon gesprochen werden, dass die Ziele des Bildungsgipfels von 2008 tatsächlich erreicht worden seien. Darüber hinaus hätten sich im Laufe der Zeit weitere Anforderungen ergeben. So seien Anfang 2016 die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung als politische Zielsetzungen der Vereinten Nationen in Kraft getreten, die bis 2030 erreicht werden sollen. Aus guten Gründen sei bereits das vierte von insgesamt 17 Zielen (nach Bekämpfung der Armut, Sicherstellung von Ernährung und Sicherstellung von Gesundheit) die Bildung: „Bis 2030 für alle Menschen inklusive, chancengerechte und hochwertige Bildung sowie Möglichkeiten zum lebenslangen Lernen sicherstellen.“ Bildung sei dabei auf vielen dieser Felder ein wichtiger Möglichmacher, beispielsweise in Form von Gesundheitsbildung, Schlüssel zur Gestaltung individueller Lebensentwürfe u. a.

Pars pro Toto gehöre zu den Unterzielen beispielsweise die Alphabetisierung: „4.6: Bis 2030 den Erwerb ausreichender Lese-, Schreib- und Rechenfähigkeiten für alle Jugendlichen und einen erheblichen Anteil der Erwachsenen sicherstellen“. In der aktuellen Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, die die Nachhaltigkeitsziele auf nationaler Ebene angehe, komme das Stichwort „Alphabetisierung“ hingegen gar nicht erst vor. Im Jahr 2018 habe die LEO-Studie 6,2 Millionen gering literarisierte Erwachsene in Deutschland gezählt, das heiße 12,1 Prozent der Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 18 und 64 Jahren hätten Schwierigkeiten beim Lesen und Schreiben. Auch wenn die Zahl langsam zurückgehe, sei dies immer noch viel zu langsam.

Bei der jüngsten PISA-Studie habe Deutschland nur etwas besser dagestanden als bei der ersten Erhebung 2000, nach der zunächst ein Ruck durch die Bildungslandschaft gegangen sei. Seit 2015 zeigten die Kurven jedoch wieder deutlich nach unten. 21 Prozent der Schülerinnen und Schüler lägen im Kompetenzbereich „Lesen“ auf Stufe 1 oder darunter (von insgesamt sechs Stufen). Das heiße, sie könnten Texte kaum oder nur mit großen Schwierigkeiten erfassen.

Wenn heute Bilanz gezogen werde, dann sei dazu folgendes festzustellen: Die PISA-Studie 2019, basierend auf Zahlen aus 2018, habe zwar ergeben, dass die Leistungen deutscher Schülerinnen und Schüler in den Bereichen Lesekompetenz, Mathematik und Naturwissenschaften jeweils über dem OECD-Durchschnitt gelegen hätten – allerdings nicht viel. Nachdem sich die Ergebnisse in den Naturwissenschaften und der Mathematik ausgehend vom Jahr 2000 bis einschließlich 2012 kontinuierlich verbessert hätten, seien beide Werte von 2018 auf das Niveau von 2003 zurückgefallen.

Auch bei der Lesekompetenz habe es einen Rückschritt gegeben – auf das Jahr 2009, nachdem es bis 2015 stetig bergauf gegangen sei. Hierzu stelle die OECD fest: „Der Leistungsunterschied im Bereich Lesekompetenz zwischen Schülerinnen und Schülern mit günstigem sozioökonomischem Hintergrund und solchen mit ungünstigem Hintergrund ist in Deutschland beträchtlich und hat sich seit 2009 um neun Prozentpunkte ausgeweitet.“

Eine bedenkliche Entwicklung sei auch bei den Spitzenleistungen zu beobachten: In allen drei Kompetenzbereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften seien die Anteile der Schülerinnen und Schüler auf den höchsten beiden Kompetenzstufen V und VI zurückgegangen. Für das rohstoffarme Land Deutschland, welches auf Spitzenleistungen als Voraussetzung für Innovation angewiesen sei, sei das ein Alarmsignal. Zudem habe eine Sonderauswertung zum Thema Kreativität der PISA-Studie 2015 ergeben, dass die tatsächlichen Leistungen der Schülerinnen und Schüler in Deutschland beim Problemlösen schlechter gewesen seien, als nach den Leistungen in den Bereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften zu erwarten gewesen wäre. Insbesondere im Vergleich mit Singapur, Süd-Korea und Japan hätten deutsche Schülerinnen und Schüler hier deutlich zurckgelegen.

Die aktuellen Entwicklungen im Zusammenhang mit der Corona-Krise hätten überdeutlich gezeigt, dass Deutschland im Bereich der Digitalisierung im Bildungsbereich viel zu weit zurückliege. Daran ändere auch der Digitalpakt aus dem Jahr 2018 nichts, da die versprochenen fünf Milliarden Euro Bundesmittel auch aufgrund diverser bürokratischer Hürden bislang nur spärlich bei den Schulen angekommen seien. Dabei sei es drängender denn je erforderlich, dass ab sofort deutschlandweit flächendeckend Möglichkeiten zu hybriden Unterrichtsmodellen vorhanden seien. Zudem verringere die Corona-Pandemie die Zahl der Berufsausbildungspltze signifikant. Laut DIHK-Ausbildungsumfrage 2020 betrage das Minus beim Angebot an Ausbildungsplätzen sieben Prozent. Zudem seien die Bewerbungsprozesse in den Unternehmen ins Stocken geraten.

Der Anteil der Ausgaben der öffentlichen Haushalte in Deutschland für Bildung und Forschung in Prozent des BIP habe 2008 bei 8,6 Prozent und 2017 bei neun Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gelegen. Die von Bund und Ländern bereits für 2015 angestrebten zehn Prozent des BIP seien also verfehlt worden.

Die Fraktion der FDP fordert die Bundesregierung unter anderem auf,

1. einen Digitalpakt 2.0 für die allgemein bildenden, beruflichen und sonderpädagogischen Schulen zu beschließen, der die neuen Möglichkeiten der Kooperation von Bund und Ländern im Bildungsbereich nutzt. Dazu gehört auch, den bestehenden Digitalpakt stark zu entbürokratisieren, um die Inanspruchnahme der vorhandenen Gelder massiv zu beschleunigen und den Pakt zur Wirkung zu bringen;
2. die MINT-Bildung zu stärken, indem insbesondere der außerschulische Bereich massiv gestärkt wird;
3. eine Exzellenzinitiative Berufliche Bildung zu beschließen, um die Aus- und Weiterbildung in Deutschland den Erfordernissen in der neuen Arbeitswelt wie technologischem Fortschritt und Globalisierung anzupassen;
4. die duale Berufsausbildung zur Stärkung lebenslanger Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen dahingehend zu reformieren, dass in einer ersten Phase einer drei- bzw. dreieinhalbjhrigen Berufsausbildung grundlegende Kompetenzen eines gesamten Berufsfeldes verwandter Ausbildungsberufe, digitale und weitere Technologiekompetenzen der Zukunft sowie personale, soziale und arbeitsmethodische Kompetenzen erworben werden. Die Spezialisierung erfolgt in der anschließenden späteren Phase der Berufsausbildung;

5. bei der Alphabetisierung Maßnahmen zu ergreifen, die die Menschen, die hier Unterstützung brauchen, tatsächlich erreichen, um die Zahl der gering Literalisierten deutlich zu senken;
6. gegenüber den Ländern darauf hinzuwirken, dass private Schulträger in allen Ländern vergleichbare finanzielle Voraussetzungen erhalten und gefördert werden, da private Schulen unsere Bildungslandschaft entscheidend bereichern und zum Wettbewerb um Qualitätsverbesserung beitragen;
7. ein elternunabhängiges BAföG einzuführen und die Strukturen so anzupassen, dass es für diejenigen Studierenden, die finanzielle Unterstützung benötigen, wieder deutlich attraktiver wird und die Chance auf ein Studium nicht an die finanzielle Situation und das Wohlwollen der Eltern gebunden ist;
8. alles zu tun, damit die Mittel für das Europäische Bildungsprogramm Erasmus+ nach Möglichkeit aufgestockt, aber jedenfalls nicht abgesenkt werden;
9. lebenslange Weiterbildung vor allem für Geringqualifizierte attraktiver zu gestalten und Angebote beispielsweise eines „Midlife-BAföG“, Bildungskonten oder einer Online-Plattform für Weiterbildungsangebote einfach und effektiv handhabbar einzuführen.

Die FDP-Fraktion fordert die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den Ländern

1. alle Daten zu gemeinsamen Zielerreichungen und Zielverfehlungen zu erheben und zu bündeln und in einem transparenten Verfahren neue anspruchsvolle Ziele zu vereinbaren sowie entsprechend nachhaltige Maßnahmen zu planen, die wirklich in das Zukunftsbild einer Bildungsrepublik 2.0 münden;
2. die digitale Lehr- und Lernmittelfreiheit zu beschließen. Das bedeutet, dass jede Schülerin und jeder Schüler unabhängig vom sozialen Status Anspruch auf ein digitales Endgerät plus E-Mail-Adresse hat. Gleiches gilt für Lehrerinnen und Lehrer;
3. die Voraussetzung für eine hybride Schule zu schaffen, in der analoger wie digitaler Unterricht nach Bedarf jederzeit möglich ist;
4. die Unterrichtspflicht für den Staat gesetzlich zu verankern, um den Anspruch der Schülerinnen und Schüler auf Unterricht in Präsenz wie auf Distanz festzuschreiben. Der Staat ist verpflichtet, seinem Bildungsauftrag auch in Krisenzeiten nachzukommen;
5. zur Förderung von Spitzenbegabungen beispielsweise in MINT, Sport oder künstlerischen Fähigkeiten den Aufbau von Leistungszentren und -internaten intensiv zu fördern;
6. die zukunftsgerichtete duale Qualifizierung An- und Ungelernter im Arbeitsmarkt besser zu fördern, indem Teilqualifikationen angeboten werden mit dem Ziel, diese Teilqualifikationen in einen berufsqualifizierenden Abschluss einmünden zu lassen;
7. das Angebot an Betreuungsplätzen insbesondere für Kinder unter drei Jahren dem tatsächlichen Bedarf von derzeit etwa 50 Prozent anzupassen;
8. dafür zu sorgen, dass die erforderliche Zahl an Erzieherinnen und Erziehern ausgebildet werden, um die große Bedarfslücke an Plätzen zu schließen und gleichzeitig Qualitätsstandards wie z. B. den Betreuungsschlüssel einhalten zu können;
9. dafür zu sorgen, dass Fördermaßnahmen für die deutsche Sprache schon im vorschulischen Bereich für all diejenigen Kinder verbindlich angeboten werden, deren Sprachkompetenzen bis zur Einschulung absehbar noch nicht das erforderliche Niveau erreicht haben. Entsprechende begleitende Kurse müssen in der Grundschule fortlaufend fortgesetzt werden;
10. die Attraktivität des Lehrerberufes zu steigern durch Fortbildungen und Möglichkeiten zur persönlichen Weiterentwicklung, durch Aufstiegsmöglichkeiten und durch Belohnung von Engagement;
11. die Fortbildungspflicht für Lehrerinnen und Lehrer insbesondere im digitalen Bereich tatsächlich umzusetzen und dafür schulfreie Zeiten zu nutzen.

Zu Buchstabe c

Kaum ein Thema bestimmt die öffentliche Debatte derzeit nach Ansicht der Fraktion der FDP so sehr wie die Nachhaltigkeit der Lebens- und Wirtschaftsweise. Der Klimawandel, die Verschmutzung der Gewässer, die Abholzung von Regenwäldern und der Verlust der Biodiversität würden die Menschen auf die Straße treiben. Auch der Tierschutz und die ökologischen Folgen der modernen Landwirtschaft seien in aller Munde. Die globale Klimaschutzbewegung „Fridays for Future“ zeige, dass sich vor allem junge Menschen um den Zustand unserer natürlichen Lebensgrundlagen sorgen und sich für nachhaltige Veränderungen unserer Wirtschaftsweise engagieren würden. Mit Nachdruck brächten sie ihre Erwartungen an die Wirtschaft, die Gesellschaft und die Politik zum Ausdruck. Dieses Engagement sei zu begrüßen, müsse jedoch mit einer faktenbasierten Bildung für eine nachhaltige Entwicklung komplementiert werden. Die Wahrnehmung von Umweltproblemen müsse sich letztlich in gesellschaftlich akzeptablen Forderungen und zukunftsfähigen Problemlösungen niederschlagen.

Umweltprobleme könnten nicht mit Verzicht und Askese allein gelöst werden. Eine Absage an Wohlstand und Fortschritt sei weder notwendig noch wünschenswert. Stattdessen brauche man eine kluge Prioritätensetzung beim Einsatz verfügbarer Mittel für verschiedenste gesellschaftliche Herausforderungen und einen intensiven Wettbewerb um kreative Ideen für den Einsatz moderner ressourcenschonender Technologien. Dort wo in der Vergangenheit Fortschritte bei der Reduktion von Umweltbelastungen hätten erzielt werden können, hätten Innovationen eine Schlüsselrolle gespielt. Zudem brauche man einen gesellschaftlicher Konsens über die angemessene Übernahme individueller Verantwortung für die Umwelt. Nachhaltigkeit sei Sache jedes Einzelnen, sie lasse sich nicht an den Staat delegieren. Wo Ressourcenknappheit und Umweltverschmutzung zum Problem würden, müssten aber die Rahmenbedingungen vom Staat so gesetzt werden, dass dieses Signal unverzerrt an den Märkten ankomme.

Diese Voraussetzungen einer ökologisch nachhaltigen gesellschaftlichen Entwicklung müssten sich auch in der Bildung widerspiegeln. Bildung für eine nachhaltige Entwicklung lege bereits frühzeitig das Fundament für einen lösungsorientierten öffentlichen Diskurs über die Ausrichtung einer nachhaltigen gesellschaftlichen Entwicklung. Sie sei aber auch die Voraussetzung dafür, dass sich Nachwuchskräfte in der Wirtschaft und den Verwaltungen ergebnisoffen und lösungsorientiert den Herausforderungen der Zukunft stellen würden.

Nachhaltigkeitsbildung bedürfe unabhängiger und belastbarer Daten über den Zustand der Umwelt und eines realistischen Bildes über die Wechselwirkungen zwischen Gesellschaft und Umwelt. Ökonomie und Ökologie müssten im Zusammenhang verständlich gemacht und handlungsorientiert in einen sinnvollen Zusammenhang gebracht werden. Bildung für eine nachhaltige Entwicklung vermeide eine Spaltung der Gesellschaft durch emotionale Schuldzuweisungen und halte sich nicht mit wirkungslosen und den Wohlstand hemmenden Therapien auf. Notwendig sei ein Bildungssystem, das vom Wettbewerb der Ideen lebe, eine faire Streitkultur mit unterschiedlichen Standpunkten fördere und Problemlösungen in den Vordergrund rücke. Handlungsalternativen für das individuelle Verhalten, die Wirtschaft und die Politik sollten nach ihrem Beitrag zur Bewältigung der anstehenden Aufgaben beurteilt werden. Lernende und Lehrende müssten Zugriff auf ein breites, faktenbasiertes und ideologisch unverfälschtes Reservoir an Umweltinformationen bekommen, das leicht zugänglich und verständlich sei – ein Leben lang.

Bildung für eine nachhaltige Entwicklung müsse Brücken bauen und dazu beitragen, das Bröckeln des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu beenden. Es solle verhindert werden, dass die industrielle und landwirtschaftliche Modernisierung auf dem Weg in die Dienstleistungsgesellschaft dazu führe, dass immer mehr Menschen den Bezug zu den komplexen Herstellungs- und Fertigungsprozessen von Nahrungsmitteln, Konsum- und Industriegütern verlieren würden. Bedauerlicherweise hätten Schulbücher und Lehrmaterialien mit dazu beigetragen, dass Stereotype ökologischer Folgen der Wirtschaft um sich greifen würden und ein veraltetes und romantisierendes Bild der Landwirtschaft dominiere.

Gleichzeitig würden konventionell wirtschaftende Landwirte nicht selten pauschal als Umweltsünder und Tierquälerei dargestellt. Immer wieder werde die Gewinnorientierung in Unternehmen zwangsläufig mit dem Raubbau an Natur und Ressourcen in Zusammenhang gebracht. Um solchen Feindbildern vorzubeugen und den Austausch sowie das gegenseitige Verständnis zu fördern, bedürfe es einer Anerkennung dieses Problems und vorbeugender Maßnahmen. Erreichte Veränderungen und Fortschritte sollten aufgezeigt, technologische Alternativen zu Bestehendem diskutiert und kritisch gewürdigt werden, um Optimismus für zukünftige Veränderungen zu fördern.

Ebenso wie in der Umweltpolitik sollte Technologieoffenheit ein Prinzip der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung sein. Nachhaltige Politik müsse sich am Stand der wissenschaftlichen Forschung orientieren und dürfe Feindbilder nicht weiter antreiben, so auch die Bildungspolitik.

An den Lehrinrichtungen sollten solche Lehrinhalte stärker in den Fokus rücken, die den Lernenden den Umgang, das Verständnis und die Auswertung von Umweltinformationen erleichtern. Neben einem soliden Fundament der mathematisch-naturwissenschaftlichen Bildung (MINT) müssten die wichtigsten Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft an den Schulen wertfrei vermittelt werden. Bildung für eine nachhaltige Entwicklung bedeute daher auch, bereits frühzeitig Lerninhalte mit eigenständiger Projektarbeit und praktischen Erfahrungen zu verbinden. Regelmäßige Praktika von Schülerinnen und Schülern in Unternehmen oder in der Landwirtschaft, Exkursionen und Gespräche mit Praktikern wären geeignet, erste Einblicke in den Wirtschaftsalltag zu bekommen.

Die Fraktion der FDP fordert die Bundesregierung unter anderem auf,

1. Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in allen Bildungsbereichen strukturell auszubauen und weiterzuentwickeln;
2. sich dafür einzusetzen, dass die von staatlichen Institution bereitgestellten Umweltdaten vollständig entsprechend den Regelungen im Informationsfreiheitsgesetz (IFG) und Umweltinformationsgesetz (UIG) bereitgestellt werden;
3. beim Statistischen Bundesamt eine bundeseinheitliche Umweltdatenplattform für die Öffentlichkeit, Schulen und Hochschulen zu schaffen, die Umweltdaten unterschiedlicher Institutionen aggregiert, fachlich aufbereitet und die notwendigen Instrumente zu ihrer Auswertung zur Verfügung stellt;
4. auf die Länder einzuwirken, dass sie die Umweltdaten der bundeseinheitliche Umweltdatenplattform für Schulen in ihre digitalen Lehrmaterialien aufnehmen und bei der Auswahl neuer Schulbücher darauf achten, dass diese Umweltdaten in den Schulbüchern berücksichtigt wurden,
5. zusammen mit den Ländern marktwirtschaftliche Zusammenhänge und MINT-Fächer verstärkt zu fördern, insbesondere durch Programme, die bisher vernachlässigte Gruppen verstärkt mit einbeziehen: Kinder aus bildungsärmeren Haushalten, aber auch Mädchen den Zugang zu Naturwissenschaften zu erleichtern;
6. zusammen mit den Ländern eine Grundlehre für Grundprinzipien (Vorsorgeprinzip, Verursacherprinzip, Generationengerechtigkeit, Innovationsprinzip) der Nachhaltigkeits- und Umweltpolitikgestaltung in der Schulbildung zu verankern;
7. den direkten Zugang über die Ernährung zu nutzen, um einen alltagsbezogenen Bildungsansatz für alle Altersgruppen voranzutreiben und diesen verstärkt in Bildungskampagnen mit einzubeziehen;
8. sich zusammen mit den Ländern für die Einführung mehrwöchiger „Stadt-Land-Schülerpraktika“ einzusetzen, um den gegenseitigen Austausch zwischen Stadt und Land zu fördern;
9. mit dem Verständnis eines aufgeklärten Bildungsauftrags öffentliche Gelder verstärkt zu nutzen, um neutral über aktuelle Forschungsergebnisse und Zukunftstechnologien wie CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS, CCU), aber auch Gentechnik oder Genome-Editing aufzuklären, insbesondere in leicht verständlicher Sprache.

Zu Buchstabe d

Seit Monaten fordern junge Menschen nach Feststellung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Deutschland mit vielfältigen Protesten, unterstützt durch Wissenschaft, Zivilgesellschaft und immer mehr Initiativen, ein Umdenken von Entscheidungsträger*innen in Politik und Wirtschaft beim Umgang mit dem Klimawandel und die Umsetzung einer nachhaltigen Politik sowie nachhaltiger Konzepte. Gerade den Belangen von Kindern und Jugendlichen müsse die Politik deutlich mehr Aufmerksamkeit schenken. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) sei der Schlüssel, um dieses Umdenken manifest werden zu lassen. Und hier bei der Beteiligung von jungen Menschen einen Schwerpunkt zu setzen, sei geboten.

UN-Generalsekretär António Guterres habe anlässlich der UN-Weltkonferenz im September für alle Nationen formuliert: „Die Menschen auf der Welt wollen keine halben Sachen oder leeren Versprechungen. Sie fordern einen Veränderungsprozess, der fair und nachhaltig ist. Lassen Sie uns gemeinsam ein Jahrzehnt der Umsetzung und des Handelns für die Menschen und den Planeten anstoßen.“

Der Peer Review zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie stelle unmissverständlich fest: „Bildung ist eine entscheidende Komponente, um Kompetenz für nachhaltige Entwicklung aufzubauen, um Teil eines breiteren Ansatzes, die Ziele der nachhaltigen Entwicklung zu kommunizieren.“ Die UNESCO setze hier einen Prozess fort und entwickle ihn weiter, der 2005 begonnen habe.

Ende 2019 sei das aktuelle UNESCO-Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung ausgelaufen. In dessen Rahmen seien in Deutschland nationale Gremien wie die Nationale Plattform, Fachforen und Partnernetzwerke geschaffen sowie die Beteiligung junger Menschen durch das Jugendforum youpaN und der Nationale Aktionsplan BNE vom Bundestag verabschiedet worden. Um die Agenda 2030 zu verwirklichen, so die Präambel des Nationalen Aktionsplans BNE, „müssen wir umfassende und tiefgreifende gesellschaftliche Transformationen anstoßen und umsetzen. Bildung spielt in diesem Prozess eine Schlüsselrolle. Bildung befähigt zur Gestaltung von politischen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Veränderungen“.

Für die Zeit ab 2020 sei auf der UNESCO-Generalkonferenz in Paris im November 2019 das BNE-Programm für die Zeit von 2020 bis 2030 beschlossen. Es enthalte die bisherigen fünf Handlungsfelder:

- Politische Unterstützung: Das BNE-Konzept soll in die einschlägigen Bereiche der Politik integriert werden. Bildungs- und Nachhaltigkeitspolitik sollen noch stärker verschränkt werden.
- Ganzheitliche Transformation von Lern- und Lehrumgebungen: Die Nachhaltigkeitsprinzipien von BNE sollen in sämtlichen Bildungs- und Ausbildungskontexten verankert werden.
- Kompetenzentwicklung bei Multiplikator*innen: Die Kompetenzen von Erzieher*innen und Lehrenden im Bereich BNE sollen gestärkt werden.
- Stärkung und Mobilisierung der Jugend: Es sollen weitere BNE-Maßnahmen speziell für Jugendliche entwickelt werden.
- Förderung nachhaltiger Entwicklung auf lokaler Ebene: Die Ausweitung der BNE-Programme und -Netzwerke sollen auf der Ebene von Städten, Gemeinden und Regionen erfolgen.

Doch es gebe auch Erweiterungen wie etwa den verstärkten Fokus auf psychologische und soziale Voraussetzungen von Transformation und die Übersetzung von BNE in politische Mobilisierung. Letzteres beinhalte die Konkretisierung und die Kommunikation der Themen unter einer klaren Mission und Vision. Dafür sei essenziell, dass Entscheidungsträger*innen in die Prozesse eingebunden würden und (junge) Menschen wie auch alle anderen Lernenden ermächtigt würden, diese anzusprechen und einzubinden. Eine Studie des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) verweise zudem darauf, dass die Kippvorgänge im Erdsystem durch soziale Kippsysteme eingedämmt werden können. Bildung werde als einer der wesentlichen sechs sozialen Kippvorgänge genannt, um Wissen und Engagement für Klimaschutz zu ermöglichen. Trends seien nur dann dauerhaft verändernd, wenn sie parallel politisch überzeugend unterstützt würden. Da die Klimakrise das Leben der heutigen Jugendlichen drastisch beeinflussen werde, sei es die Verantwortung der heute erwachsenen Generation, dass über Schulen und andere Bildungseinrichtungen allen jungen Menschen Grundkenntnisse über die Klimakrise und die Möglichkeiten, sie zu lindern, zugänglich gemacht würden.

Die Bundesregierung habe 2017 den Nationalen Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung (NAP BNE) verabschiedet. Mittlerweile lägen erste Evaluierungen vor. Sie zeigten, dass durchaus Fortschritte bei der Verankerung von BNE gemacht worden seien, aber noch immer ein weiter Weg zu gehen sei, um BNE tief im Bildungssystem zu verankern.

Bislang sei BNE gekennzeichnet durch großes Interesse am Konzept, aber nur geringe Handlungsmöglichkeiten. Um die Vision „verantwortlich leben“ umzusetzen, müssten die Handlungsmöglichkeiten gestärkt werden. Die zu schaffenden Angebote müssten dabei in Relation zu den globalen Herausforderungen stehen und diesen entsprechen.

Dies sei ein Beitrag, um der Sorgfaltspflicht und Verantwortung zur Daseinsvorsorge und Resilienzbildung der Gesellschaft im Hinblick auf die bevorstehenden globalen Veränderungen gerecht zu werden. Alle Bürger*innen aller Generationen müssten in die Lage versetzt werden, notwendige Transformationsprozesse zu gestalten, auf veränderte Lebensbedingungen angemessen zu reagieren und den Herausforderungen selbstbestimmt zu begegnen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert die Bundesregierung auf, im Zusammenwirken mit den Ländern, Kommunen, öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen und zivilgesellschaftlichen Akteuren,

1. die im Jahr 2017 beschlossenen NAP „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ definierten Maßnahmen zügig und vollumfänglich umzusetzen und dafür die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, insbesondere bei der
 - a) Stärkung der Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen;
 - b) Stärkung der frühkindlichen, schulischen, beruflichen, akademischen formalen, nonformalen und informellen Bildung sowie der Erwachsenenbildung, um verstärkt jetzige und zukünftige Generationen zu nachhaltigem Handeln zu befähigen. Die Erwachsenenbildung ist insofern bedeutsam, da die derzeitigen Erwachsenen aktuell die Entscheidungstreffenden sind, weshalb diese dringend die Kompetenzen benötigen, die Auswirkungen ihres Handelns für zukünftige Generationen einschätzen zu können;
 - c) Stärkung der beruflichen Bildung durch Intensivierung der Modellversuche des Bundesinstituts für Berufliche Bildung (BiBB) bei der Verankerung von BNE in laufenden und zukünftigen Ordnungsverfahren (anstelle der Standardberufsposition „Umweltschutz“) und bei weiteren curricularen Umsetzungen;
 - d) Finanzierung und Unterstützung von Bildungsträger*innen im Bereich des nonformalen und informellen Lernens, die BNE anbieten, und Übertragung von deren Ansätzen in das formalisierte Lernen sowie Stärkung des bundesweiten Bildungseingagements;
 - e) Einrichtung eines regelmäßigen Bund-Länder-Austausches, in dem u. a. aus jedem Land die für BNE zuständige(n) Person(en), UMK und KMK sowie BMBF und BMU vertreten sind. Ziel ist es, Doppelarbeit zu vermeiden, Synergien zu nutzen und Qualitätsstandards zu entwickeln und anzugleichen;
 - f) Einrichtung und Förderung einer Plattform („Schaufenster“) für „BNE-Kommunen“, die in vorbildlicher Weise BNE-Aktivitäten unterstützen – inklusive eines koordinierenden Kompetenzzentrums für interessierte neue Kommunen;
 - g) Förderung des internationalen Austausches zu BNE in Zusammenarbeit mit der UNESCO;
2. Inhalte des Nationalen Aktionsprogramms mit der Agenda 2030 zu verknüpfen und hierbei die Zusammenarbeit und die Zielsetzungen mit anderen Staaten, insbesondere in Europa, zu stärken. Dabei ist die Verstärkung der globalen Perspektive auch in den nationalen Bildungsprogrammen sicherzustellen, die insbesondere durch BMZ-geförderte Programme zur Umsetzung der Agenda 2030 beitragen;
3. den Grundgedanken der Bildung für nachhaltige Entwicklung einer nachhaltigeren Ausgestaltung der Bildungsinstitutionen zugrunde zu legen, nach dem Bildung für alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen ungeachtet ihres sozioökonomischen Hintergrunds, ihres Geschlechts oder anderer Faktoren inklusiv zugänglich sein soll und die Zahl der Schul-, Ausbildungs- und Studienabbrüche weiter zu reduzieren;
4. Bildung für nachhaltige Entwicklung stärker an so genannte „Change Agents“, wie Lehrerinnen und Lehrer, Ausbilderinnen und Ausbilder, Erzieherinnen und Erzieher, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Kita- und Schulfördervereine heranzutragen. Bildung für nachhaltige Entwicklung soll vor diesem Hintergrund in die Aus- und Weiterbildung für Lehrkräfte der Bereiche frühkindliche Bildung, Grund- und weiterführende Schulen sowie im Bereich der außerschulischen und informellen Bildung integriert werden. Insbesondere sollen auch Lehrer*innen und Ausbilder*innen der beruflichen Bildung stärker als bisher einbezogen und berücksichtigt werden. Selbiges soll für die Ausbildung an Hochschulen gelten;
5. für Jugendliche in ihrer Rolle als „Change Agents“ niedrigschwellige und umfassende Strukturen der Partizipation zu schaffen. Außerdem sollen Lernendenzentrierte, außerschulische und informelle Lernmöglichkeiten unterstützt und geschaffen werden;
6. gemeinsam mit den Ländern und Kommunen alle Lerninhalte und alle Lernorte nachhaltig und inklusiv zu gestalten, beispielsweise durch Reallabore, forschendes Lernen, Lernen von Selbstverantwortung sowie Mit- und Gemeinwohlverantwortung, Lernen durch Engagement und transdisziplinäre Projekte. Nur ein ganzheitlicher Ansatz schafft Lernorte, die einen überzeugenden und sinnvollen Rahmen für BNE ermöglichen;

7. den Einsatz für BNE auf Bundesebene zu würdigen, indem ein Freistellungsanspruch für dieses ehrenamtliche Engagement gesetzlich implementiert, eine angemessene Aufwandsentschädigung bezahlt wird und in der Schule jungen Menschen wertschätzend ermöglicht wird;
8. die Mittel des BMBF von derzeit rund 7,1 Mio. Euro für BNE kurzfristig zu verdoppeln und im Bundeshaushalt das Budget für BNE jährlich aufwachsend bis 50 Mio. bis 2025 zu steigern; mindestens 20 Prozent dieses Budgets soll für das Handlungsfeld „Stärkung und Mobilisierung der Jugend“ ausgewiesen werden;
9. eine Informationskampagne zu initiieren, die mit Veranstaltungen und Testimonials nachhaltige Bildungsinhalte und -ziele (SDGs), etwa Klimaschutz, Geschlechtergerechtigkeit, nachhaltiger Konsum vermittelt und zugleich handlungsorientierte Formate anregt, um mehr Aufmerksamkeit und damit mehr gesellschaftliche Partizipation für das Thema zu erzielen;
10. sich gemeinsam mit den Ländern dafür einzusetzen, dass das Thema Klimabildung flächendeckend einen stärkeren Niederschlag in den Bildungseinrichtungen findet und dies mit Materialien und Expertise zu unterstützen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/22507 in seiner 84. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/22507 in seiner 147. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/22507 in seiner 81. Sitzung am 19. November 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Annahme.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 19/22507 in seiner 124. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag auf Drucksache 19/22507 in seiner 90. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 19/22507 in seiner 134. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 19/22507 in seiner 102. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag auf Drucksache 19/22507 in seiner 179. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Annahme.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** hat den Antrag auf Drucksache 19/22507 in seiner 116. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 19/22507 in seiner 80. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag auf Drucksache 19/22507 in seiner 77. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Antrag auf Drucksache 19/22507 in seiner 84. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 19/22472 in seiner 124. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 19/22472 in seiner 102. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Antrag auf Drucksache 19/22472 in seiner 84. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Zu Buchstabe c

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 19/23118 in seiner 124. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 19/23118 in seiner 120. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Zu Buchstabe d

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 19/17796 in seiner 102. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 19/17796 in seiner 120. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat die Vorlagen in seiner 77. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten. In die Beratung einbezogen wurden der als Unterrichtung vorgelegte Bericht der Bundesregierung zur Bildung für nachhaltige Entwicklung auf Drucksache 19/28940.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** empfiehlt:

Zu Buchstabe a

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/22507 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/22472 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.

Zu Buchstabe c

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/23118 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.

Zu Buchstabe d

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/17796 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.

Die **Bundesregierung** berichtet, dass das Bundeskabinett am 21. April den 7. Bericht zur Bildung für nachhaltige Entwicklung verabschiedet habe. Der Bericht enthalte die maßgeblichen Aktivitäten von Bund, Ländern und Kommunen und der gesellschaftlichen Akteure im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung im Zeitraum zwischen 2017 und 2021. Durch Bildung für nachhaltige Entwicklung würden die notwendigen Kompetenzen erworben, um die Auswirkung des eigenen Handelns auf die Welt zu verstehen und verantwortungsvolle Entscheidungen zu fällen. Es würden also sehr früh in der Bildungsphase grundlegende Prägungen erreicht.

Bildung für nachhaltige Entwicklung sei auch ein Schlüssel, um langfristige Herausforderungen wie Klimawandel, Ressourcenknappheit und Ungleichheit zu bewältigen. Ihre strukturelle Verankerung in allen Bildungsbereichen sei von der UNESCO im Rahmen von Weltprogrammen gefordert worden, zuletzt im Jahr 2020 im Programm BNE 2030. Deutschland spiele hierbei auf internationaler Ebene eine bedeutende Vorreiterrolle. Das BMBF sei Gastgeber der sehr erfolgreichen UNESCO-BNE-Weltkonferenz, die im Online-Format organisiert worden sei, gewesen. An dieser hätten 17 000 Menschen aus 140 Ländern teilgenommen, darunter auch 40 Minister und Ministerinnen.

Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sei darüber hinaus ein Aufruf zusammen mit weiteren 17 EU-Mitgliedstaaten zur Umsetzung des UNESCO-Programms mit jeweils fünf BNE-Leuchtturmprojekte veröffentlicht worden. Und in einer starken Berliner Erklärung hätten sich alle Regierungen verpflichtet, BNE im Rahmen von Länderinitiativen zu implantieren.

In Deutschland gebe es bereits seit dem Jahr 2015 eine solche Länderinitiative für BNE. An diesem Prozess seien neben Bund und Ländern auch die kommunale Ebene, aber auch Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft in der nationalen Plattform BNE beteiligt.

Wichtig sei, dass auch die Jugend einbezogen worden sei – und zwar durch das sogenannte Jugendforum „youpaN“. Die Jugend sitze mit Stimmrecht mit am Tisch. Gerade auch im Kontext der Fridays-for-Future-Bewegung und der Betroffenheit der jungen Generation beim Zukunftsthema Bildung, sei dies eine wichtige und richtige Maßnahme.

Das große Ergebnis dieses Prozesses sei der 2017 beschlossene Nationale Aktionsplan BNE mit 130 Zielen und 349 konkreten Handlungsempfehlungen für alle Beteiligten. Darunter falle übrigens auch die stärkere Verankerung von BNE in den Curricula, in den Lehrplänen und Ausbildungsordnungen sowie auch im informellen Lernen.

Zusätzlich zu diesem Prozess trage das Bundesforschungsministerium mit zahlreichen Förderungen zum BNE-Bericht und zur Verankerung von BNE auch weit darüber hinaus zur Verankerung von BNE in Deutschland bei. Stichwortartig genannt werden das Haus der kleinen Forscher, die BNE-Modellversuche in der beruflichen Bildung, an die FONA-Strategie und auf lokaler Ebene das BNE-Kompetenzzentrum „Bildung – Nachhaltigkeit – Kommune“ (BINaKom).

Die Bundesregierung nehme sich in großem Ausmaß und weit über das Bildungsministerium hinaus des Themas BNE an. Daran könne man sehen, mit welcher Qualität die Bundesregierung zum Ziel beitrage, BNE in Deutschland in allen Bildungsbereichen strukturell noch besser zu verankern. Man habe das BMU beteiligt, das BMZ mit dem globalen Lernen, und auch das BMFSFJ leiste bemerkenswerte Beiträge. Wichtig sei hier natürlich auch die Kultusministerkonferenz (KMK), weil sie in der Schulbildung die wesentliche Verantwortung trage. Auch die Kommunen seien eingebunden worden, weil sie für die Verankerung der Projekte vor Ort besonders wichtig seien. Nicht vergessen werden dürften die gesellschaftlichen Akteure wie der Rat für nachhaltige Entwicklung, der Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung und der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung (WBGU).

Der 7. Bericht sei diesmal anders aufgebaut, nämlich entlang der Bildungsbereiche Frühkindliche Bildung, Schule, Berufliche Bildung, Hochschulen, non-formales und informelles Lernen/Jugend sowie Kommunen und nach Handlungsfeldern strukturiert – im Unterschied zu früheren Versionen, die nach Ressorts und weiteren Akteuren gegliedert gewesen seien. Damit der Bericht stärker die Öffentlichkeit erreiche, sei die Umsetzung der Ziele der Vereinten Nationen, die Sustainable Development Goals (SDGs) auch grafisch abgebildet worden. Erstmals sei der BNE-Bericht auch online auf dem BNE-Portal abrufbar und anhand einer nutzerfreundlichen digitalen Aufbereitung auch als Datenbank. Das sei eine Art Filterfunktion, die eine gezielte Auswahl nach Akteuren und Akteurinnen, aber auch nach Bildungsbereichen oder auch nach Handlungsfeldern erleichtere.

Die **Fraktion der CDU/CSU** weist darauf hin, dass die Integration von BNE in das Bildungssystem von besonderer Wichtigkeit sei. Experten sprächen gerne von der transformativen Kraft der BNE. Man könne es auch einfacher sagen: BNE wirkt. Das Ziel von BNE sei, dass Menschen befähigt würden, ihr eigenes Handeln im Sinne der Nachhaltigkeit bewusst zu gestalten. In einer Untersuchung habe sich gezeigt, dass dort, wo qualitätsvolle BNE stattfinde, auch tatsächlich mehr nachhaltiges Verhalten gelebt werde. Es gebe allerdings auch ein großes Aber. Ein Großteil der jungen Menschen sei nicht davon überzeugt, dass eine nachhaltige Zukunft wirklich eintreten werde. Und sie fänden es daher auch nicht sinnvoll, sich für Nachhaltigkeit zu engagieren. Das sei die große pädagogische Herausforderung, diesen Menschen die Erfahrung von Selbstwirksamkeit zu ermöglichen und sie vom Sinn des eigenen nachhaltigen Handelns zu überzeugen. Das könne aber nur gelingen, wenn man es schaffe, BNE strukturell in allen Bildungsbereichen zu verankern und das Konzept BNE in der Breite besser bekannt zu machen, also außerhalb der ohnehin nachhaltigkeitsbewegten Community. Das habe man auch in einem Antrag zu Nachhaltigkeit und Klima vor neun Monaten gefordert. Um mit neuem Schwung an der flächendeckenden Verankerung von BNE zu arbeiten, könnten auch die Erkenntnisse aus einem BNE-Monitoring hilfreich sein. Die CDU/CSU-Fraktion zeigt sich auch überzeugt, dass die recht verschieden agierenden Communitys der Nachhaltigkeit zu einem engeren Austausch veranlasst werden sollten. Konzepte und Methoden im BNE-Bereich müssten erweitert werden. Im Antrag der Koalition werde daher auch der Einsatz von digitalen Methoden und Künstlicher Intelligenz in allen Bildungsbereichen gefordert.

An die Bundesregierung wird die Frage gerichtet, dass laut BNE-Bericht eine Arbeitsgruppe BNE und Digitalisierung gegründet worden sei. Gefragt wird, ob es schon veröffentlichungsreife Ergebnisse gebe. Gefragt wird auch, wie die Planung des BMBF zur Weiterfinanzierung des Jugendforums „youpaN“ aussehe.

Zu den Oppositionsanträgen erklärt die CDU/CSU-Fraktion, der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betone, dass alle Bildungsbereiche strukturell BNE-verankert werden müssten. Das sei richtig, aber das geschehe ja bereits. Ein wichtiges Thema sei die Jugendbeteiligung. Es sei wirklich wichtig, junge Menschen an Zukunftsthemen zu beteiligen. Auch dies geschehe bei der Umsetzung des BNE-Prozesses; und das sogenannte Jugendforum „youpaN“ sei bereits erwähnt worden. Man sei froh, dass das Finanzministerium der Weiterförderung positiv

gegenüberstehe, wenn auch bislang immer über jährliche Finanzierungszusagen. Dies sei international ein Vorreitermodell und daran solle man auch festhalten.

Auch zum ersten Antrag der FDP könne nur festgestellt werden, viele der geforderten Dinge würden bereits laufen. Die Verankerung von BNE, MINT-Programmen für Mädchen, Aufklärungskampagnen zu aktuellen Forschungsthemen, Aufklärung zu nachhaltigem Konsum und Ernährung, länderübergreifenden Angeboten für Schülerinnen und Schüler zu Umweltthemen. Für alles andere seien die Länder zuständig. Darum werde der Antrag abgelehnt.

Der zweite Antrag zur Bildungsrepublik 2.0 sei eine neue Variation der Forderungen der FDP-Fraktion. Darin sei vieles nicht falsch, ein Teil werde aber ebenfalls schon gemacht. Genannt werden unter anderem der DigitalPakt Schule und Qualitätsoffensive, Lehrerbildung mit neuem Schwerpunkt Digitalisierung, die MINT-Wettbewerbe, ein Innovationswettbewerb InnoVET das 26. BAföG-Änderungsgesetz, die Aufstockung von Erasmus+ und die Stärkung der Weiterbildung durch die AFBG-Novelle. Man lehne auch diesen Antrag ab.

Die **Fraktion der FDP** erinnert, dass die Bundeskanzlerin 2008 die Bildungsrepublik aufgerufen habe. Nach 13 Jahren christdemokratischer Bildungspolitik sehe man, dass 6,2 Millionen Menschen zwischen 18 und 64 nicht richtig lesen und schreiben könnten. Bei PISA sei Deutschland auf den Stand von vor 17 Jahren zurückgefallen. Und die OECD bescheinige Deutschland jedes Jahr, dass es ein Kastensystem in der Bildung habe. Der Anteil von zehn Prozent vom Bruttoinlandsprodukt, der für Forschung und Entwicklung gefordert werde, werde seit Jahren verfehlt.

Hingewiesen wird in diesem Zusammenhang auf einen anderen Aspekt in Zusammenhang mit der Corona-Krise. So habe Alexander Kissler in der Neuen Zürcher Zeitung gefordert, dass die Schulen im Herbst wieder vollständig geöffnet sein müssten. Der Distanz- und Wechselunterricht zementiere soziale Unterschiede, lasse die Abgehängten noch weiter zurückfallen. Millionen von Kindern und Jugendlichen würden seelisch zermürbt, sozial entwurzelt und körperlich geschwächt, obwohl sie nie Treiber der Pandemie gewesen seien. Und die Leopoldina spreche in ihrer Stellungnahme von „Plastizitätsfenstern“ der persönlichen Entwicklung, die sich öffnen, aber auch unwiderruflich schließen würden. Vor dem Hintergrund seien die Forderungen zum Thema Bildungsrepublik, die man schon seit Jahr und Tag erhebe, nicht wie von der CDU/CSU-Fraktion behauptet werde, in der Umsetzung, sondern gerade einmal rudimentär vorhanden. Deswegen seien Fragen wie der Digitalpakt Schule 2.0, die Berücksichtigung der Beruflichen Bildung in der Exzellenzinitiative sowie eine gesetzliche Verankerung der Unterrichtspflicht für den Staat analog wie digital eigentlich alles Normalitäten.

Zum Thema Nachhaltige Entwicklung erklärt die Fraktion der FDP, dazu sei umfassende Bildung nötig, aber auch die Technologieoffenheit. Dazu gehörten auch Kenntnisse von marktwirtschaftlichen Zusammenhängen. Im Antrag der Koalition stehe ein beeindruckender Satz – seit Ausbruch der Corona-Pandemie konnte ein Anstieg im Einsatz von digitalen Lösungen und Werkzeugen im Bildungssektor festgestellt werden. Da könne man sich nur wundern, wie spät die Nutzung digitaler Instrumente komme und wie rudimentär sie erfolge.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärt, in den rund 190 Seiten des Berichts sei viel von Strukturen und Konferenzen die Rede, von Vernetzung, Verabschiedungen von Erklärungen. Das sei auch gut und wichtig. Für die Umsetzung von BNE brauche es aber mehr als gute Ideen, Treffen und Papiere. Es sei gerade zu sehen, dass sich das Thema trotz aller perfekter theoretischer Aufbereitung leider viel zu wenig in der Gesellschaft durchgesetzt und etabliert habe. Es sollte nicht nur versprochen, geplant und konferiert, sondern angepackt und verändert werden. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zitiert UN-Generalsekretär António Guterres, dass die Menschen auf der Welt keine halben Sachen oder leere Versprechungen wollten, sondern einen Veränderungsprozess, der fair und nachhaltig sei. Diese Worte drückten im Kern aus, was gerade junge Menschen bewege und was sie auch vehement zum Ausdruck brächten.

Das Engagement von jungen Menschen, aber natürlich auch von allen Menschen, die Nachhaltigkeit auf den Schirm hätten und ernst nehmen würden, und damit auch etwas bewirken wollten, müsse mehr in den Vordergrund gerückt werden. Das sei sehr wichtig. Man erinnere sich noch gut an die Demonstrationen von Fridays for Future. Der Fokus müsse auf das politische Engagement dieser jungen Menschen gelegt werden. Stärkung und Mobilisierung der Jugend sei schließlich auch eines der fünf Handlungsfelder, die die UNESCO-Generalkonferenz für wichtig halte.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei auch in Zusammenarbeit mit jungen engagierten Menschen, mit youpaN, entwickelt worden. Man wolle gerne deren Forderungen politisch unterstützen und ihnen

dabei helfen, die Welt zu retten. Die jüngste Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gebe der jungen Generation Recht. Daher müsse die Politik bei den Klimazielen dringend das Tempo erhöhen. Nachhaltigkeit und vor allem auch politische Unterstützung für die Nachhaltigkeitsziele der UNESCO seien dann verwirklicht, wenn BNE in Handeln und Handlungsmöglichkeiten umgesetzt werde. Nur dann könne die Vision „Verantwortlich Leben“ auch wirklich wirksam umgesetzt werden. Dazu müssten alle beitragen – Bund, Länder, Kommunen, die Zivilgesellschaft. Nur guten Willen zu zeigen, reiche allein nicht, damit sich endlich etwas bewege. Deshalb fordere die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihrem Antrag, den Nationalen Aktionsplan jetzt zügig umzusetzen. Kitas, Schulen und andere Lernorte müssten gemeinsam mit Ländern und Kommunen demokratischer, nachhaltiger und inklusiver gemacht werden. Das gelte auch für die Lerninhalte. Man wolle Nachhaltigkeit in den Unterricht bringen und wolle, dass mit Spaß gelernt werde. Die Kinder sollten erleben, wie sie ihre Zukunft mitbestimmen könnten. Deshalb sollten die Beteiligungsrechte für Kinder und Jugendliche gestärkt und das Wahlalter auf 16 gesenkt werden.

Die Mittel des BMBF für den Nationalen Aktionsplan müssten nachhaltig und deutlich erhöht werden und zwar von derzeit rund sieben Millionen auf 50 Millionen Euro bis 2025. Und davon sollten 20 Prozent für die Stärkung und Mobilisierung der Jugend bereit stehen. Die Ideen dieser jungen Menschen seien wichtig für die Zukunft, und sie bräuchten Unterstützung politisch und finanziell.

Die Bundesregierung wird gefragt, ob bei den Ressortanmeldungen für den neuen Haushalt mehr Geld für BNE gefordert werde. Die zweite Frage betreffe die UNESCO-Erklärung von Berlin von diesem Mai und wie die Bundesregierung zur Einrichtung von Reallaboren als Chance zur Partizipation von Bürgern, als gute Chance zu Geschlechtergerechtigkeit, Gesundheit, Naturverbundenheit, Respekt vor der Umwelt usw. stehe.

Die **Fraktion der SPD** hebt hervor, wie viele Aktionen und Projekte in den letzten Jahren angestoßen worden seien. Exemplarisch benennt sie die Neuauflage der nachhaltigen Strategie des Nationalaktionsplans Bildung für nachhaltige Entwicklung oder auch das Bildungs- und nachhaltige Entwicklungskompetenzzentrum. Dass es im letzten Jahr zum ersten Mal eine Plenarwoche für Nachhaltigkeit gegeben habe, zeige, welche Bedeutung dem Thema zugesprochen werde. Im Bericht der Bundesregierung heiße es ganz richtig: Bildung für nachhaltige Entwicklung verfolge das Ziel, die Menschen zum zukunftsfähigen Denken und Handeln zu befähigen. Hierzu führe der Antrag der SPD weiter aus: Die durch Bildung für nachhaltige Entwicklung geförderten Kompetenzen seien für das Erreichen aller Nachhaltigkeitsziele wichtige Hebel.

Mit dem Antrag, für dessen Zustimmung geworben wird, fordere die SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, weitere Instrumente für den KI-Einsatz entlang der gesamten Bildungskette zu fördern, Medienbildung für Kinder und Jugendliche aufzubauen und das in 2020 begonnene Nachfolgeprogramm der UNESCO zu nutzen, um eine Verankerung des Konzeptes zur Bildung für nachhaltige Entwicklung entlang der gesamten Bildungskette umzusetzen. Hierfür sei der 5G-Ausbau im ländlichen Raum massiv zu beschleunigen aber es seien auch gemeinsame Forschungsprojekte mit Schwellen- und Entwicklungsländern bei der Bekämpfung von armutsassoziierten vernachlässigten Krankheiten auszubauen.

Die Anträge der FDP und der Grünen würden abgelehnt, denn die FDP fordere eine Bildungsrepublik 2.0 und stelle 25 Forderungen, von denen erfreulicherweise bereits viele umgesetzt worden seien – Stichwort: Digitalpakt Schule, Dekade für Alphabetisierung, 26. BAföG-Änderungsgesetz, Aufstockung von Erasmus+ und andere.

Die FDP erhebe in ihrem zweiten Antrag zehn Forderungen an die Bundesregierung. Unter anderem eine bundeseinheitliche Umweltdatenplattform sowie marktwirtschaftliche Zusammenhänge in MINT-Fächern. Zwar seien viele der Forderungen unterstützenswert, doch richte die FDP diese an den falschen Adressaten, da die Bundesregierung nicht für die Erstellung von Lehrplänen, oder für Schülerpraktika zuständig sei.

DIE GRÜNEN meinten, dass Engagement gefragt sei. Dem schließe sich die SPD an. Allerdings würde zur Umsetzung dieser Forderungen auch bereits viel getan werden. Zum Beispiel die Jugendbeteiligung oder die wissenschaftliche Begleitung des Aktionsplans durch das Institut Futur der FU Berlin. Daher lehne die SPD auch diesen Antrag ab.

Die Bundesregierung wird bezugnehmend auf ihre Aussage im Bericht, dass die Nachhaltigkeit unserer Gesellschaft nur gemeinsam gelingen könne, gefragt, an welchen Stellen oder auf welchen Ebenen eine weitere Vernetzung wünschenswert wäre, damit die Bildung für nachhaltige Entwicklung noch weiter in den Fokus rücke.

Zur Kompetenzagenda der Europäischen Kommission für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz, die die Kommission im vergangenen Jahr vorgestellt habe wird die Bundesregierung weiterhin gefragt, wie hier der aktuelle Stand der Umsetzung in Deutschland sei und welche Pläne die Bundesregierung für ihre Umsetzung habe.

Die **Fraktion der AfD** stellt eingangs heraus, dass der Ausschuss nicht zum ersten Mal über Bildung für nachhaltige Entwicklung diskutiere und dass sie die einzige Fraktion sei, die Kritik geäußert und Bauchschmerzen artikuliert habe. Diese Bauchschmerzen seien seither größer geworden und die Kritik, welche inzwischen auch beispielsweise vom Philologenverband und vonseiten der pädagogischen Forschung mitgetragen werde, verfestige sich. Als Beleg hierfür wird die Veröffentlichung von Yvonne Kehren zitiert, erschienen in der „Zeitschrift für pädagogische Korrespondenz“, Nummer 7, Heft 55 2017, in welcher die BNE massiv kritisiert werde. Die Kritik richte sich gar nicht so sehr gegen die vorgeblichen Inhalte, denn gegen Bildung, Nachhaltigkeit und Entwicklung könne niemand etwas haben. Vor allem ginge es darum, dass die Prinzipien der Pädagogik auf den Kopf gestellt werden sollen. Pädagogik solle der Emanzipation dienen, solle der Aufklärung dienen, solle zur kritischen Urteilskraft befähigen. Aber wie könne dieses Ziel erreicht werden, wenn die Inhalte und Ergebnisse dieses ganzen Projektes schon feststehen würden. Es werde nicht erwartet, dass Schüler sich beispielsweise mit Fragen der Energie und der Nachhaltigkeit auseinandersetzen und dann auf die Idee kämen, dass die Kernenergie vielleicht doch eine gute Lösung wäre, denn diese sei insbesondere in Deutschland nicht erwünscht. Vielmehr sollten die Schüler Windräder gut und Kernenergie schlecht finden. Dies sei genauso in Bezug auf die ökologische Landwirtschaft, die natürlich gut sei. Wohingegen die herkömmliche Landwirtschaft oder die Gentechnik in Frage zu stellen seien.

Eine Gesinnung zu erzeugen sei für die AfD-Fraktion keine Aufgabe der Schule. Das dürfe auch kein Lehrplanziel sein, insbesondere bei jüngeren Schülern. Die AfD erinnert in diesem Zusammenhang an den Beutelsbacher Konsens, was auch der Philologenverband in seiner Auseinandersetzung mit BNE anmahne. Kernpunkte des Beutelsbacher Konsenses seien das Überwältigungsverbot, die Kontroversität und die Schülerorientierung. Insbesondere den ersten beiden Punkten würde durch die derzeitige Veranlagung und Skizzierung des Projektes BNE widersprochen und verstoßen.

BNE sei nicht, wie die DIE GRÜNEN sagen würden, eine Art Graswurzelbewegung. Ganz im Gegenteil sei BNE kein Projekt das von unten komme und von der Politik nur aufgegriffen werde. Es komme in Wahrheit von oben und sei insgesamt ein undemokratisches und unpädagogisches Projekt.

Die Kritik an der nationalen Umsetzung wird konkret daran erläutert, wie BNE-Lehrpläne in Baden-Württemberg ausbuchstabiert würden. Dort heiße es: Schüler*innen kennen die verschiedenen Formen des Zusammenlebens von LSBTTIQ. Im Rahmen der Medienbildung sollen sich Schüler in digitalen Medien über Lebenssituationen von LSBTTIQ-Menschen informieren.

Vielleicht wäre Bildung für nachhaltige Entwicklung gut, aber man vermisse, wenn dieses Feld schon einmal aufgemacht werde, zum Beispiel Aussagen zum Bereich Ehe und Familie komplett. Daher verwundere es, dass insbesondere die konservativen Parteien, wie sie früher einmal hießen, dass nicht die CDU/CSU stärker zu einer ganzheitlichen Betrachtung anmahnten und ein bisschen gegensteuerten, damit es diese einseitige Ausbuchstabierung dieses Konzepts so nicht mehr gebe.

Die AfD-Fraktion plädiere vor diesem Hintergrund stark dafür, dass sich die Politik auf die Kernprobleme konzentrieren solle, auf den Lehrermangel, Unterrichtsausfall, auf überfüllte Klassen, marode Gebäude, die sanitären Anlagen, Leistungsabfall, Noteninflation und auf die zunehmende Gewalt. Das wären die Punkte um die man sich kümmern müsse. Und nicht um ideologische Projekte wie BNE.

Die **Bundesregierung** stellt fest, dass es im Bildungs- und Forschungsausschuss bezogen auf BNE unterschiedliche Meinung zwischen einer großen Mehrheit und einer Fraktion, die dieses als ideologisches Thema einsortiert habe, gebe. Die Bundesregierung glaube, dass sie entsprechende „Sustainable Development Goals“ (SDG-Ziele) solide aufgearbeitet habe und damit die BNE im Rahmen der UNESCO Aktivitäten nach vorne bringe. Die Vorreiterrolle der Bundesrepublik in diesem Prozess sei eingangs dargestellt worden. In diesem Zusammenhang bedanke man sich bei den Koalitionsfraktionen für die Zusammenarbeit.

Die Frage nach der Arbeitsgruppe Digitalisierung lasse sich so beantworten, dass die Diskussion zu diesem Thema noch laufe. Sie werde von vielen Akteuren sehr engagiert geführt. Es sei angepeilt, bis zum Jahresende ein Abschluss dieser Diskussion herbeizuführen und danach ein Strategiepapier auf den Weg zu bringen. Auch youpaN werde weiter finanziert. Man sei davon überzeugt, dass das ein geeignetes Instrument sei, um die junge Generation in diesen ganzen Prozess einzubeziehen. Dabei handle es sich nicht nur um bildungsnahe sondern um breite Schichten. Und wenn die junge Generation insgesamt adressiert werde, habe man sie natürlich in ihrer gesamten Vielschichtigkeit erreicht. Die Finanzierung von youpaN solle wieder in einem Dreijahres-Rhythmus organisiert werden, wie es die übliche Laufzeit im BMBF auch sei.

Die FDP habe Themen angesprochen, die in den vergangenen vier Jahren sehr intensiv im Ausschuss diskutiert worden seien. Da die Schulpolitik in der Zuständigkeit der jeweiligen Bundesländer und der zuständigen Fraktionen oder auch Minister liege, könne sich die Bundesregierung hierzu nicht äußern. Dennoch solle der Aspekt Schulschließungen herausgegriffen werden. Die Schulschließungen seien aus der Gesundheitsvorsorge heraus motiviert gewesen. Sie hätten aber auch eine ganze Reihe von negativen Wirkungen bewirkt. Deshalb werde man gemeinsam daran arbeiten müssen, sowohl in der psychosozialen aber auch in den schulischen Lerninhalten die Schülerinnen und Schüler zu stärken. Dazu hätten BMBF und BMFSFJ in der jeweiligen Zuständigkeit ein Aufholprogramm im Volumen von 2 Milliarden Euro auf den Weg gebracht, was neben den ergänzenden und notwendigen Aktivitäten der Länder einen Rahmen bieten soll, um jetzt in der Sommerferien beginnend, aber dann auch während des Schuljahres sehr individuell auch in kleinen Gruppen den betroffenen Schülerinnen und Schüler zu helfen.

Zu den konkreten Fragen zu BNE sei Folgendes zu sagen: Diese Frage der Reallabore werde noch diskutiert. Es ist noch keine endgültige Entscheidung getroffen worden. Die finanzielle Ausstattung für BNE in Zukunft werde vom nächsten Haushaltsgesetzgeber sicher noch einmal verändert. Doch wolle man gerne Akzente setzen, insbesondere durch eine mögliche Mobilisierung von ESF-Mitteln.

Im wichtigen Bereich der BNE Bildung für nachhaltige Entwicklung im Bereich der Beruflichen Bildung müsse das Feld auch ganz spezifisch adressiert werden. Man habe vor, BNE im Rahmen von FONA auch an den Hochschulen künftig stärker zu etablieren. Auch werde man die weitere Vernetzung von Akteuren über die kommunalen Ebenen sehr konkret in den Blick nehmen. Ein neues ESF-Programm zum Thema Bildungskommunen soll realisiert, umgesetzt und aktiviert werden. Generell sei es so, dass man beim Thema BNE die Vernetzung von Zivilgesellschaft auf der einen Seite mit Kommunen, Schulen, Kitas und den Bildungseinrichtungen vor Ort stärken wolle. Auch das Thema Ganztage und BNE werde in Zukunft eine größere Bedeutung spielen, als das in der Vergangenheit der Fall gewesen sei.

Zum Digitalpakt Schule sei zu sagen, dass dieses Thema sicherlich nochmal in der Arbeitsgruppen Digitalisierung aufgegriffen wird. Die Maßnahmen, die im Digitalpakt Schule vorgesehen sind, seien bewusst keine kurzatmigen, sondern nachhaltige, die die digitalen Mittel langfristig in den Bildungsinstitutionen etablieren sollen. BNE solle auch in Stadtteilen ermöglicht werden, die besonderen Belastungen und Herausforderungen ausgesetzt sind. Hier sei das Stichwort Brennpunktschulen genannt. Diese Problematik werde mit dem neuen ESF-Programm „Bildungskommunen“ besonders adressiert werden, da man die BNE-Aktivitäten insgesamt – nicht nur – oder ganz stark über die Schulen insgesamt etablieren wolle. Da es Schulen in allen Stadtteilen in ihrer Vielfältigkeit von Brennpunktschulen bis zu anderen Schulen gebe, sei dies ein sehr gutes Instrument, was thematisch ein neues Denken, ein neues Herangehen an Themen, ein neues Hinterfragen auch der eigenen Rolle der einzelnen Individuen ermögliche. Alle Arten von Schulen in Brennpunktstadtteilen und anderen Stadtteilen sollen adressiert werden.

Berlin, den 23. Juni 2021

Sybille Benning
Berichterstatterin

Dr. Karamba Diaby
Berichterstatter

Dr. Götz Frömming
Berichterstatter

Dr. h. c. Thomas Sattelberger
Berichterstatter

Dr. Birke Bull-Bischoff
Berichterstatterin

Beate Walter-Rosenheimer
Berichterstatterin